

Einladung zur Pressekonferenz

Berliner Kampagne »Ban! Racial Profiling. Gefährliche Orte abschaffen«



Berlin, 8.6.2017: Gestern veröffentlichte das Berliner Polizeipräsidium auf Wunsch der Berliner Koalition zehn der sog. kriminalitätsbelasteten Orte (kbOs). Die Brisanz der Berichte von Betroffenen über Racial Profiling an diesen Orten bleibt bestehen. Zahlreiche antirassistische Berliner Organisationen und Initiativen haben sich daher zusammengetan, um die Landesregierung mit einer gemeinsamen Kampagne daran zu erinnern, Racial Profiling abzuschaffen und die polizeiliche Befugnis zur anlass- und verdachtsunabhängigen Kontrolle an den kbOs zurückzunehmen.

Anlässlich des Auftakts unserer Kampagne »Ban! Racial Profiling. Gefährliche Orte abschaffen« laden wir Sie herzlich zur Pressekonferenz ein.

Zeit: Donnerstag, 15.6.2017 um 11:00 Uhr

Ort: Aquarium im Südblock, Admiralstraße 1-2, 10999 Berlin

Die Berliner Landesregierung hat das Problem von Racial Profiling erkannt und im Koalitionsvertrag bekräftigt, eine gesetzliche Klarstellung zum Verbot der Praxis voranzutreiben. Ihr Fokus liegt dabei fälschlicherweise auf dem Bundespolizeigesetz. Doch in Berlin werden alltäglich Menschen von der Berliner Landespolizei an sog. kbOs vermeintlich anlasslos und verdachtsunabhängig kontrolliert und durchsucht.

Seit Jahrzehnten berichten Betroffene von Racial Profiling an kriminalitätsbelasteten Orten: Sichtbare Minderheiten, People of Color bzw. Schwarze Menschen, Rom*nija, Muslim*a und andere, die aufgrund ihrer äußeren Erscheinung in das polizeiliche Raster von »Täterprofilen« fallen, fühlen sich von der Berliner Polizei in ihren Bürger_innenrechten missachtet und als Kriminelle stigmatisiert.

Das Ziel der Befugnis, nämlich Kriminalität zurückzudrängen, wird dabei mitnichten erreicht: »Dass Kriminalität an diesen Orten, wenn überhaupt nur »etwas zurückgehe«, bekennt selbst der Polizeipräsident«, so die Kampagne.

Die Berliner Polizei weigert sich beharrlich Racial Profiling effektiv zu unterbinden. Die Kampagne reagiert darauf: »Wir fordern die Berliner Landesregierung auf, die Befugnis der anlass- und verdachtsunabhängigen Kontrolle und Durchsuchung an kbOs nach §§ 21, 34, 35 ASOG zurückzunehmen.«

Die Berliner Kampagne »Ban! Racial Profiling. Gefährliche Orte abschaffen« tritt ein für einen Dialog mit der Berliner Landesregierung, die die Kontrolle über das Handeln der Berliner Polizei zurückgewinnen muss, und erinnert sie daran Racial Profiling an kbOs in Berlin zu verbieten.

Bündnispartner der Kampagne sind unter anderem: Migrationsrat Berlin, ReachOut, Antidiskriminierungsnetzwerk des TBB, „Hände weg vom Wedding“-Bündnis, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit in der BRD, Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant*innen und KOP - Kampagne für die Opfer rassistischer Polizeigewalt.

Ansprechpartnerin: Céline Barry, ADNB des TBB, celine.barry@tbb-berlin.de, 61 30 53 28.